

BDEW veröffentlicht Gutachten zu Kosten der Nitratbelastung:

Nitratverschmutzung: Ohne wirksame Gegenmaßnahmen drohen regional stark steigende Wasserpreise

BDEW fordert verschärftes Düngerecht / Deutschland braucht Agrarwende

Berlin, 19. Januar 2017 – Wenn sich die gängige Düngepraxis jetzt nicht ändert, könnten nach Berechnungen eines BDEW-Gutachtens erhebliche Mehrkosten auf die Verbraucher zukommen: „Trinkwasser könnte in einigen Regionen um bis zu 62 Prozent teurer werden. Denn die zunehmende Verschmutzung des Grundwassers erfordert eine immer kostenintensivere Trinkwasseraufbereitung. Noch kann die Politik das Ruder herumreißen. Dafür müsste sie das Düngegesetz und die Düngeverordnung so verschärfen, dass die Nitratbelastung nachhaltig reduziert wird“, sagte Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser.

Wenn die bisherigen Maßnahmen der Wasserversorger nicht mehr ausreichen, wird laut Gutachten in belasteten Regionen der Einsatz einer Denitrifikationsanlage erforderlich. Die Berechnungen der Gutachter zeigen: Diese aufwendige Nitratentfernung könnte die Jahreswasserrechnung um bis zu 62 Prozent erhöhen. Bei den betrachteten Wasserversorgern würde die durchschnittliche Jahresrechnung eines 3-Personen-Haushalts (6-Familienhaus) von aktuell 217 Euro auf 352 Euro steigen.

„Es kann nicht sein, dass die Verbraucher für die Sünden der industriellen Landwirtschaft geradestehen müssen. Seit den 1970er Jahren wird in einigen Regionen systematisch überdüngt. Die Folgen bekommen wir jetzt zu spüren: Die Böden sind überlastet und können kaum noch Nitrat abbauen. Die Politik muss endlich eingreifen und strenge Düngevorgaben mit wirksamen Überwachungs- und Kontrollmechanismen einführen. Der bislang erzielte Kompromiss zur Düngeverordnung enthält noch zu viele Ausnahmen und Schlupflöcher, die einen wirksamen Gewässerschutz verhindern“, so Weyand.

Der BDEW fordert, dass die in der Düngeverordnung vorgesehene Obergrenze von 170 Kilogramm Stickstoff pro Hektar Ackerfläche alle stickstoffhaltigen Düngemittel (auch Mineraldünger) umfassen muss. Keinesfalls darf sie sich nur auf Wirtschaftsdünger beziehen. Auch müssten die Vorgaben insbesondere für die Stoffstrombilanz ohne Einschränkung für Agrarbetriebe aller Größen gelten und nicht nur Großbetriebe erfassen.

**BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e. V.**
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

Bereich Kommunikation
Manuela Wolter
Pressereferentin
Telefon
+49 30 300199-1162
Telefax
+49 30 300199-3162
presse@bdew.de
www.bdew.de

Das Gutachten zeigt am Beispiel von Dänemark, wie die konsequente Umsetzung der europäischen Nitrat-Richtlinie zu einer nachhaltigen Entlastung von Böden und Grundwasser führen kann: Unter anderem durch die Einführung umfassender Meldepflichten und Kontrollen für die Düngung konnten die Stickstoffüberschüsse von landwirtschaftlich genutzten Flächen um 43 Prozent reduziert werden. Bei Phosphor wurde ein Rückgang um 80 Prozent erreicht.

Auch das Umweltbundesamt wird in Kürze eine umfassende Analyse vorlegen, die die Kosten der Nitratbelastung für ganz Deutschland analysiert und Aussagen darüber trifft, wie sich verschiedene Rahmenbedingungen auf die Kosten auswirken.

Für den langfristigen Umwelt- und Gewässerschutz braucht Deutschland eine konsequente und nachhaltige Agrarwende: Weg von der industriellen Landwirtschaft, hin zu einer nachhaltigen Nutzung der Böden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten EU-Agrargelder stärker in den ökologischen Landbau umgeschichtet werden.